

Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 16.03.2023

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:03 Uhr
Ende:	18:10 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter:	Herr Schade
Schriftführer:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 02.02.2023	
4.	Dringliche Angelegenheiten	
4.1.	Beschluss zur öffentlichen Auslegung der Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/ Kindertagespflege für den Zeitraum vom 1. August 2023 bis 31. Juli 2024 BE: Vorsitzender des Unterausschusses Kindertagesein- richtungen hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit	0505/23

5. Einwohnerfragestunde
6. Behandlung von Anfragen
- 6.1. Aktuelle Bearbeitungszeit Elterngeldanträge **0386/23**
 Fragesteller: Fraktion SPD, Herr Mroß
 hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für
 Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit
7. Behandlung von Entscheidungsvorlagen
- 7.1. Beauftragung des Unterausschusses - Einrichtung eines **0471/23**
 Unterausschusses "Fachplanung Familienbildung und
 Familienförderung"
 BE: Herr Mroß, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses
 hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für
 Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit;
 Vorsitzende des Unterausschusses Fachplanung Famili-
 enbildung und Familienförderung
8. Festlegungen des Ausschusses
- 8.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom **1644/21**
 16.09.2021 zur Drucksache 0919/21 - hier: Berichterstat-
 tung zu Fallzahlen und Maßnahmen im Zusammenhang
 mit Kindeswohlgefährdungen
 BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bil-
 dung, Jugend und Gesundheit
- 8.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom **0340/23**
 02.02.2023 zum TOP 6.1 - Drucksache 1874/22 - Präventi-
 on in Kindergärten und Schulen - hier: Präventionskon-
 zept
 BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bil-
 dung, Jugend und Gesundheit
- 8.3. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom **0342/23**
 02.02.2023 zum TOP 8.1 - Drucksache 1851/22 - Ergebnis-
 se des Beteiligungsprozesses "Nachts in Erfurter Parks"
 (Drucksache 1575/22) - hier: Berichterstattung im Ju-
 gendhilfeausschuss
 BE: Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport

9. Informationen
- 9.1. Bericht der Arbeitsgruppe zur Revision der Kita-Entgeltordnung
BE: Leiter des Jugendamtes **0220/23**
- 9.2. Förderverfahren LSZ
BE: Frau Paton, Mitglied des Jugendhilfeausschusses
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit **0490/23**
- 9.3. Erhalt zusätzlicher Stellen im Bereich der Schulsozialarbeit
BE: Herr Uhlig, Mitglied des Jugendhilfeausschusses
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit **0501/23**
- 9.4. Steigende Energiepreise in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe
BE: Frau Schwörer, Mitglied des Jugendhilfeausschusses
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit **0502/23**
- 9.5. Informationen zu jugendhilferelevanten Beschlüssen des Stadtrates (mdl.)
BE: Leiter des Jugendamtes
- 9.6. Sonstige Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

In Vertretung des entschuldigt der Sitzung fern gebliebenen Vorsitzenden bzw. stellvertretenden Vorsitzenden eröffnete die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses und begrüßte die anwesenden Mitglieder sowie alle Gäste.

Als Sitzungsleiter wurde der Vertreter der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, Herr Schade, vorgeschlagen. Da es keine Einwände bzw. weitere Vorschläge gab, wurde über die Übernahme der Sitzungsleitung votiert.

Abstimmung über die Sitzungsleitung: **Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0**

In der Folge übergab die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, die Sitzungsleitung an Herrn Schade, der zunächst die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit feststellte.

Zu Sitzungsbeginn waren 14 Ausschussmitglieder anwesend.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Der Sitzungsleiter, Herr Schade, informierte, dass mit der dringlichen Behandlung der Drucksache 0505/23 - Beschluss zur öffentlichen Auslegung der Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/ Kindertagespflege für den Zeitraum vom 1. August 2023 bis 31. Juli 2024 – ein Antrag zur Änderung der Tagesordnung gestellt wurde. Da keine Begründung der Dringlichkeit gewünscht wurde, wies er auf die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit hin und ließ er über die Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Mit folgendem Votum wurde die Drucksache 0505/23 unter dem Tagesordnungspunkt 4.1 aufgenommen: **Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0**. Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung lagen nicht vor.

bestätigt mit Änderungen

**3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom
02.02.2023**

Zur Niederschrift erhob sich kein Widerspruch. Diese wurde wie folgt

genehmigt Ja 13 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

4. Dringliche Angelegenheiten

- 4.1. Beschluss zur öffentlichen Auslegung der Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/ Kindertagespflege für den Zeitraum vom 1. August 2023 bis 31. Juli 2024 0505/23**
BE: Vorsitzender des Unterausschusses Kindertageseinrichtungen
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Gemäß dem Tagesordnungspunkt 2 wurde die Drucksache in Dringlichkeit aufgerufen. Der Sitzungsleiter, Herr Schade, merkte an, dass die Drucksache als Tischvorlage auslag und die Anlagen im Vorfeld per E-Mail versandt wurden bzw. über das Bürgerinformationssystem einsehbar waren.

Angesichts der Tatsache, dass keine Wortmeldungen vorlagen, stellte der Sitzungsleiter, Herr Schade, die Drucksache zur Abstimmung.

beschlossen Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Die Verwaltung des Jugendamtes wird beauftragt, den in der Anlage befindlichen Entwurf der Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege¹, gültig für den Zeitraum vom 1. August 2023 bis 31. Juli 2024, öffentlich auszulegen.

5. Einwohnerfragestunde

Mangels entsprechender Fragestellungen wurde zum TOP 6 übergegangen.

¹ Die Anlage wurde der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

6. Behandlung von Anfragen

- 6.1. Aktuelle Bearbeitungszeit Elterngeldanträge 0386/23
Fragesteller: Fraktion SPD, Herr Mroß
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für So-
ziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Da hierzu kein Diskussionsbedarf bestand, bedankte sich der Sitzungsleiter, Herr Schade, für die Beantwortung und erwähnte lobend die positive Entwicklung im Sachgebiet.

zur Kenntnis genommen

7. Behandlung von Entscheidungsvorlagen

- 7.1. Beauftragung des Unterausschusses - Einrichtung eines 0471/23
Unterausschusses "Fachplanung Familienbildung und
Familienförderung"
BE: Herr Mroß, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für So-
ziales, Bildung, Jugend und Gesundheit;
Vorsitzende des Unterausschusses Fachplanung Familien-
bildung und Familienförderung

Anknüpfend an die Befürwortung des Jugendhilfeausschusses in der Sitzung vom 02.02.2023 erklärte der Sitzungsleiter, Herr Schade, dass dem Unterausschuss mit der Drucksache nun mehr ein konkreter Arbeitsauftrag erteilt wird.

Die Vorsitzende des Unterausschusses Fachplanung Familienbildung, Frau Paton, und Familienförderung bat um die Teilnahme eines zuständigen Vertreters der LSZ-Koordination an den Sitzungen des Unterausschusses.

Weitere Wortbeiträge wurden nicht geäußert.

beschlossen Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt den Unterausschuss Fachplanung Familienbildung und Familienförderung mit folgenden Aufgaben:

- **Begleitung und Umsetzung des vom Stadtrat beschlossenen Familienförderplan 2023 bis 2027, welches insbesondere folgende Angelegenheiten umfasst:**
 - **Umsetzung des Interessenbekundungsverfahrens für das dezentralen, flexible Angebot im Planungsraum ländliche Ortsteile**
 - **Umsetzung des Interessenbekundungsverfahrens des Familienangebotes im Planungsraum Oststadt (Schwerpunkt in den Ortsteilen Ilversgehofen und Johannesplatz)**

- **Erarbeitung eines Verfahrens zur Fortschreibung des Familienförderplanes ab 2027**

8. Festlegungen des Ausschusses

- 8.1. **Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 16.09.2021 zur Drucksache 0919/21 - hier: Berichterstattung zu Fallzahlen und Maßnahmen im Zusammenhang mit Kindeswohlgefährdungen** 1644/21
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Ausgehend der gesunkenen Gesamtfallzahl bei Verfahren zu Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohls in den Jahren 2021 und 2022 bat die Vertreterin der Fraktion CDU, Frau Fischer, um die Einordnung der Entwicklung vor dem Hintergrund möglicher "Dunkelziffern" und sprach sich für eine Fortsetzung der jährlichen Berichterstattung aus.

Bezüglich der vorgenannten Dunkelziffer erklärte der zuständige Mitarbeiter des Jugendamtes, dass jede Information, die einen Hinweis auf eine Kindeswohlgefährdung beinhaltet, statistisch erfasst und der Meldung nachgegangen wird. Auch innerhalb der einzelnen Meldegruppen, wie beispielsweise Schulen, Kindergärten, Polizei, Gerichte, Gesundheitsbereich, Angehörige, wurde keine signifikante Differenz konstatiert. Insofern konnte hierzu keine Aussage getroffen werden. Nach der Einschätzung des Jugendamtes war der deutliche Anstieg der festgestellten akuten bzw. latenten Kindeswohlgefährdungen im Kontext einer gesunkenen Gesamtzahl von Meldungseingängen besonders auffällig. Dies habe jedoch zu keinen Auswirkungen auf das einzuleitende Verfahren zum Hilfebedarf und der damit in Verbindung stehenden Netzwerkarbeit geführt.

Weitere Nachfragen wurden nicht gestellt. Gegen den Antrag auf Vertagung der Drucksache bis zum Ende des 1. Quartals des Jahres 2024 erhob sich kein Widerspruch.

vertagt

- 8.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 02.02.2023 zum TOP 6.1 - Drucksache 1874/22 - Prävention in Kindergärten und Schulen - hier: Präventionskonzept
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit 0340/23**

Auf die Nachfrage der Vertreterin der Fraktion CDU, Frau Fischer, hinsichtlich des Beteiligungsprozesses hin zu einem umfassenden Maßnahmenplan für die Suchtprävention nahm die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, Stellung.

Sie erinnerte zunächst an die Zuständigkeit, die grundsätzlich beim Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung liegt. Weiterhin begrüßte sie die Gründung eines Gemeindepyschiatrischen Verbundes Erfurt und informierte über den aktuellen Arbeitsstand des Präventionskonzeptes und die wissenschaftliche Begleitung durch die Universität Bremen. Dabei betonte die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, die Einbindung verschiedener fachlicher Akteure in Form von vielfältigen Veranstaltungsformaten während des Beteiligungsprozesses. Darüber hinaus zeigte sie sich neben der Partizipation von hauptamtlichen Erfahrungsträgern der Suchtberatung auch offen für Anregungen von freien Trägern der Jugendhilfe sowie des Stadtelternbeirates.

Im Hinblick auf den fachpolitischen Diskurs kündigte Frau Hofmann-Domke weitergehende Informationen zu dieser Thematik in der Sitzung nach der Sommerpause an.

zur Kenntnis genommen

- 8.3. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 02.02.2023 zum TOP 8.1 - Drucksache 1851/22 - Ergebnisse des Beteiligungsprozesses "Nachts in Erfurter Parks" (Drucksache 1575/22) - hier: Berichterstattung im Jugendhilfeausschuss
BE: Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport 0342/23**

Der Sitzungsleiter, Herr Schade, gab das Angebot des Beigeordneten für Sicherheit, Umwelt und Sport bekannt, eine separate Informationsveranstaltung mit interessierten Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses durchzuführen. Dazu sollen sich interessierte Mitglieder bis zum 30.03.2023 beim Sitzungsdienst oder dem Dezernat 03 melden.

Entgegen diesem Vorschlag des Beigeordneten für Sicherheit, Umwelt und Sport sprachen sich die Mitglieder dafür aus, dass die Informationsveranstaltung vor der Sitzung des nächsten oder übernächsten Jugendhilfeausschusses stattfinden soll, damit kein separater Termin gesucht werden muss.²

zur Kenntnis genommen

9. Informationen

- 9.1. Bericht der Arbeitsgruppe zur Revision der Kita-Entgeltordnung** **0220/23**
BE: Leiter des Jugendamtes

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

zur Kenntnis genommen

- 9.2. Förderverfahren LSZ** **0490/23**
BE: Frau Paton, Mitglied des Jugendhilfeausschusses
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Der Hinweis des Sitzungsleiters, Herrn Schade, dass die Stellungnahme der Verwaltung als Tischvorlage auslag, wurde von den Anwesenden zur Kenntnis genommen.

Betreffend die zur dritten Frage getroffene Antwort erkundigte sich die Vertreterin der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Frau Paton, welche Ämter und Fachbereiche an den verwaltungsinternen Abstimmungen zum Landesprogramm für Solidarisches Zusammenleben der Generationen (kurz: LSZ) beteiligt waren.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, teilte mit, dass der Bescheid des Thüringer Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie eingegangen ist, der einen Zuschuss des Freistaates Thüringen in der von der Landeshauptstadt beantragten Maximalhöhe ausweist. In Bezug auf die von Frau Paton gestellte Frage legte sie dar, dass das LSZ-Steuerungsgremium aus den Fachplanern der Ämter des Dezernats für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, der LSZ-Koordination und dem Referenten des Dezernates für Kultur und Stadtentwicklung besteht. In Haushaltsfragen werden punktuell Vertreter der Stadtkämmerei hinzugezogen.

² redaktionelle Anmerkung: Durch den Bereich Oberbürgermeister wurde eine entsprechende Informationsveranstaltung zur Vorstellung der Beteiligungsergebnisse "Nachts in Erfurter Parks" koordiniert. Der Beigeordnete für Sicherheit, Umwelt und Sport steht auf Wunsch des Jugendhilfeausschusses am 27.04.2023 ab 16:30 Uhr zur Verfügung.

Durch die nun vorliegende Planungssicherheit wird das Steuerungsgremium nächsthin Vorschläge zu weiteren Verfahrensweise mit dem im beschlossenen Familienförderplan dargestellten Rang 1b entwickeln.

Auf die Nachfrage von Frau Paton, Vertreterin der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, inwieweit LSZ-Mittel für den Rang 1b freigegeben werden können, sicherte die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, die Vorlage einer Drucksache zur geplanten Mittelvergabe zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses zu. Darüber hinaus wies der Referent des Dezernats 05 auf die Bereitstellung der Förderhöchstsumme hin.

Diesbezüglich hinterfragte die Vertreterin der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Frau Paton, die verwaltungsseitige Kommunikation, und bedauerte, dass im Förderjahr 2023 keine hinreichende Deckung des Ranges 1b gewährleistet wird, obgleich dieser Zustand bereits bei der Beschlussfassung des Familienförderplanes 2023 bis 2027 zur Drucksache 1832/22 absehbar war. Vor diesem Hintergrund werde das innovative Planungsergebnis im Bereich der Familienbildung und Familienförderung in Anbetracht der Wirkung auf bisher nicht berücksichtigte Stadtteile beeinträchtigt.

zur Kenntnis genommen

- 9.3. Erhalt zusätzlicher Stellen im Bereich der Schulsozialarbeit** **0501/23**
BE: Herr Uhlig, Mitglied des Jugendhilfeausschusses
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Nach dem Hinweis des Sitzungsleiters, Herrn Schade, dass die Stellungnahme der Verwaltung als Tischvorlage auslag, wurde die Beratung eröffnet und das Wort an den Vertreter des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Herrn Uhlig, übergeben.

Er bat um eine Konkretisierung der Beantwortung, da sich die Informationsaufforderung nicht nur auf die im Rahmen des Bundesprogrammes "Aufholen nach Corona" zusätzlich geschaffenen Stellen beschränkte, sondern auch auf die Stundenerweiterungen abzielte.

Der zuständige Mitarbeiter des Jugendamtes erläuterte die mit dem Bundesprogramm verbundene Befristung der Aufstockung bis zum 31.07.2023. Demnach wurden für die Schulsozialarbeit keine neuen Standorte eingerichtet. Die Ausgestaltung oblag im Einzelnen den Trägern im Wissen der zeitlichen Beschränkung. Daran anknüpfend betonte der Vertreter der Fraktion CDU, Herr Weise, dass die Rückabwicklung unabhängig von einer Stellen- oder Stundenaufstockung in Trägerverantwortung geschieht. Trotz des Mehrbedarfs an Schulsozialarbeit können diese Stellen ohne Finanzierungsbeteiligung nicht unteretzt werden.

Auf Nachfrage von Herrn Uhlig, Vertreter des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, weshalb sich der Stellenabbau unterhalb des Vor-Corona-Niveaus bewegt, begründete der zuständige Vertreter des Jugendamtes mit geltenden Tarif- und allgemeinen Kostensteigerungen. Gemäß der Mittelbereitstellung durch den Freistaat Thüringen werden die Ausgaben für den Kinder- und Jugendförderplan sowie das befristete Förderprogramm abgerechnet.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

zur Kenntnis genommen

9.4. Steigende Energiepreise in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe 0502/23
BE: Frau Schwörer, Mitglied des Jugendhilfeausschusses
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Im Hinblick auf die bereits im Vorjahr herangetragenen Anfragen von freien Trägern der Jugendhilfe zum Umgang mit Kostensteigerungen im Energiesektor wurden nach Aussage der Vertreterin des Stadtjugendrings Erfurt, Frau Schwörer, in einer Erhebung erste Daten abgefragt und deren Deckung durch die im Kinder- und Jugendförderplan festgeschriebene Sachkostenpauschale analysiert. Vor diesem Hintergrund problematisierte sie die trägerseitige Finanzierung und bat um die Entwicklung eines verwaltungsseitigen Verfahrensvorschlages zur Abfederung der Energiepreisexplosion.

Hinweisend auf die schwerpunktmäßigen Beratungen des Ausschusses für Wirtschaft, Beteiligungen und Digitalisierung unter Hinzuziehung des zuständigen Beigeordneten sowie des Geschäftsführers der Stadtwerke Erfurt bat die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, bei der Klärung der Frage, inwiefern Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit von den Regelungen der Energiepreisbremse umschlossen werden, um Geduld. Auf Trägerseite sei bei akuten finanziellen Schwierigkeiten eine sofortige Kontaktaufnahme mit dem Jugendamt angeraten.

Durch den Vertreter der Fraktion CDU, Herrn Weise, wurde die derzeitige Praxis der Träger zur Sparsamkeit beim Energieverbrauch gutgeheißen. Unter dem Bewusstsein, dass die alle Möglichkeiten zur Einsparung bei gleichzeitigem Vorliegen eines massiven Sanierungsstaus ausgelotet werden, seien die Träger in dem Unterstützungsgedanken zu bestärken. Der Leiter des Jugendamtes, Herr Trier, bedankte sich für die hilfreiche Darstellung des Zahlenmaterials und den umfassenden Einsparwillen von Trägerseite. Infolge der Prüfung der über den Kinder- und Jugendförderplan hinausgehenden Mehrkosten und der Sachkostenpauschale brachte er in einem zweiten Schritt die Unterbreitung eines Verfahrensvorschlags zur Refinanzierung erheblicher Kostenanstiege ins Spiel, um Liquiditätsengpässe zu vermeiden. Zu diesem Vorschlag formulierte sich kein Widerspruch.

Sodann erging folgende Festlegung des Jugendhilfeausschusses:

Drucksache 0665/23	<p>Nach der Vorlage eines Zahlenwerks durch den Stadtjugendring Erfurt³ hinsichtlich der Energiekosten bei Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit von freien Trägern, die durch den Kinder- und Jugendförderplan gefördert werden, sagte der Leiter des Jugendamtes, Herr Trier, eine Prüfung der Angaben im Hinblick auf die vereinbarten Sachkostenpauschalen zu und schlug die Entwicklung eines Verfahrensvorschlags zum Umgang mit den Mehrkosten bis zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses vor.</p> <p>V: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit T: 27.04.2023</p>
-------------------------------	--

Weitergehender Beratungsbedarf bestand nicht.

zur Kenntnis genommen

9.5. Informationen zu jugendhilferlevanten Beschlüssen des Stadtrates (mdl.)
BE: Leiter des Jugendamtes

Wie der Leiter des Jugendamtes, Herr Trier, mitteilte, wurden durch den Stadtrat keine jugendhilferlevanten Beschlüsse gefasst.

9.6. Sonstige Informationen

Der zuständige Vertreter des Jugendamtes informierte über die Entwicklung des Arbeitsaufkommens in der Abteilung Allgemeiner Sozialer Dienstes des Jugendamtes in Verbindung mit den Fallzahlen im Bereich der erzieherischen Hilfen. Infolgedessen wurden seitens des Jugendamtes Festlegungen getroffen, dass Gespräche zur Fortschreibung des Hilfeplanes im Hilfeplanverfahren grundsätzlich einmal jährlich statt wie bisher mindestens zweimal pro Jahr stattfinden.

Angesichts der Abweichung von den gültigen Qualitätsstandards der Hilfen zur Erziehung brachte der Vertreter des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Herr Uhlig, den Bedarf zur Konkretisierung der Beschlusslage zum Ausdruck. Mithin soll der Unterausschuss Jugendhilfeplanung Hilfe zur Erziehung mit einer Drucksache die Änderung der Qualitätsstandards zur Entscheidung vorlegen.

³ Die Abfrage des Stadtjugendrings Erfurt liegt der Niederschrift als Anlage 2 bei.

Vor dem Hintergrund der ausstehenden Fortschreibung des Programms zum Erhalt und Ausbau von Kindertageseinrichtungen und Betreuungsangeboten 2022 bis 2025 erkundigte sich der Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Paul, nach dem derzeitigen Sachstand. Stellungnehmend verwies der Leiter des Jugendamtes, Herr Trier, auf die andauernde verwaltungsinterne Abstimmung hin.

Abschließend verlautbarte die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, die Veröffentlichung des Jahresberichtes der Schotte e.V. und richtete deren Dank für die jahrelange Unterstützung aus.

Da keine weiteren Informationen vorlagen, beendete der Sitzungsleiter, Herr Schade, Vertreter der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses und stellte die Nichtöffentlichkeit her.

gez. Schade
Vorsitzender

gez. 
Schriftführer